

A N F R A G E von Chantal Galladé (SP, Winterthur) und Esther Guyer (Grüne, Zürich)

betreffend Weiterbildung an der KV Business School

Im Zusammenhang mit dem Teilprojekt Leistungsangebot im Projekt Bildungszentren auf der Sekundarstufe II gilt es die Trägerschaft der kaufmännischen Berufsschulen neu zu überdenken. Die KV Zürich Business School erbringt gegenwärtig auch durch ihre Weiterbildungsabteilung die geforderte finanzielle Eigenleistung von mindestens 10 Prozent gemäss dem "Gesetz über die Trägerschaft der Berufsschulen". Der grösste Teil der Kosten wird seit Jahren vom Kanton Zürich getragen. Nun ist geplant, den lukrativen Teil, nämlich die Abteilung Weiterbildung, aus der KV Business School herauszuberechnen.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Welche Lösung erachtet der Regierungsrat bezüglich der Trägerschaft der kaufmännischen Berufsschulen und deren Weiterbildung als geeignet?
2. Stimmt es, dass die privatisierte Business Academy AG weiterhin die grossmehrheitlich staatlich finanzierte Infrastruktur der KV Business School nutzen will? Wenn ja, erachtet es der Regierungsrat als problematisch, dass durch die staatlichen Finanzen ein Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen, vollständig privatisierten Schulen entsteht?
3. Stimmt es, dass die Business Academy AG gewissen Lehrpersonen "marktgerechte" Löhne bezahlen kann und sich nicht wie andere vom Kanton finanzierte Schulen an die Einstufungen der kantonalen Verordnung halten muss? Wenn ja, wie stellt sich der Regierungsrat dazu?
4. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Ausgliederung der Weiterbildung und welche Konsequenzen oder Folgen, zum Beispiel in Bezug auf die Kurskosten, sieht er für die Personen, die sich weiterbilden möchten? Wie schätzt er den Verlust der Synergien zwischen Weiterbildung und Grundbildung ein?

Chantal Galladé
Esther Guyer